

Antrag 21/I/2021

SPD-UB Osnabrück Stadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

Demokratisierung

1 Im Rahmen der programmatischen Neuorientierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist fol-
2 gende Grundaussage bei der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms zu beachten:
3 Der Staat der Bundesrepublik ist das Instrument, mit dem die gesamte Bevölkerung in der Bundesrepublik
4 ihre politischen Ziele, die sie in einem demokratischen Willensbildungsprozess formuliert, in die Realität
5 umsetzt. Dies bedeutet, dass angesichts der ökonomischen, technischen, kulturellen und sozialen Verän-
6 derungen, die die Entwicklung der Gesellschaft mit sich bringt, ein ständiger Prozess der Demokratisierung
7 in Gang gesetzt wird, der die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen dem Leitbild der Demokratie
8 ständig anpasst. Dabei müssen die grundlegenden Werte der menschlichen Gesellschaft bewahrt werden.
9 Zudem muss sichergestellt sein, dass die Information sämtliche Mitglieder der Gesellschaft unvoreinge-
10 nommen, objektiv und vollständig erfolgt. Um der Gefahr von undemokratischer Berichterstattung durch
11 die Medien entgegenzuwirken, ist es erforderlich, die öffentlich-rechtlichen Medien zu stärken, auf eine
12 größtmögliche Unabhängigkeit vom Staatsapparat wie von ökonomisch Mächtigen hinzuwirken und de-
13 mokratische Strukturen in den öffentlich-rechtlichen wie in den privaten Medienkonzernen herbeizufüh-
14 ren.

15

Begründung

17 Gemäß der Forderung von Willy Brandt - Mehr Demokratie wagen - muss es Aufgabe der SPD sein, Demokra-
18 tie angesichts der ständigen Weiterentwicklung der Gesellschaft als einen ständigen Prozess zu begreifen,
19 um der Bevölkerung stets die demokratische Willensbildung zu ermöglichen und die Herausbildung de-
20 mokratisch nicht legitimer Machtzentren zu verhindern. War im Feudalismus der Feudalherr der Staat -
21 l'état c'est moi -, so muss in einem demokratischen Gemeinwesen die Bevölkerung der Staat sein, während
22 der Apparat, der heute oft fälschlicherweise als "der Staat" bezeichnet wird, tatsächlich der Staatsapparat
23 ist, der dem Staat, also der Bevölkerung, zu dienen. Damit der demokratische Willensbildungsprozess
24 gegeben sein kann, muss sichergestellt sein, dass die Informationen an die Bevölkerung objektiv und un-
25 abhängig erfolgen. Die öffentlich-rechtlichen Medien müssen Instrument der Bevölkerung sein und dürfen
26 daher nicht vom Staatsapparat beeinflusst oder gar gelenkt werden. Die privaten Medien müssen von den
27 Interessen der Medienkonzerne abgekoppelt werden und bedürfen einer demokratischen Kontrolle. Die ob-
28 jektive und von keinerlei Interessen abhängige Information der Allgemeinheit ist Voraussetzung dafür, dass
29 Demokratie überhaupt funktioniert. Praktisch sämtliche Nachrichten sind für die Bürgerinnen und Bürger
30 durch Dritte übermittelte Informationen, also keine unmittelbaren Erkenntnisse, und dürfen deshalb kei-
31 nerlei Einfärbung von interessierter Seite haben.

32

Empfehlung der Antragskommission

Überweisen an: Material an den SPD-Parteivorstand